

Stabilitätspaket

Zur Bewältigung der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und des daraus resultierenden Staatsschuldenanstiegs war und ist ein breiter politischer und gesellschaftlicher Kraftakt erforderlich. Die GÖD hat sich strikt gegen das Ausspielen unterschiedlicher Berufs- und Gesellschaftsgruppen ausgesprochen. Die Privatwirtschaft war und ist mit Kurzarbeit, flexiblen Arbeitszeiten und teilweiser Arbeitslosigkeit von der Krise betroffen. Lohnerhöhungen werden nur in jenen Betrieben umgesetzt, die wirtschaftlich dazu in der Lage sind (sog. „Öffnungsklauseln“ in Kollektivverträgen). Der Öffentliche Dienst leistet seinen Beitrag mit dem Stabilitätspaket.

Ausgangslage:

- Angesichts der schwersten Krise seit dem 2. Weltkrieg forderte die **Bundesregierung: 3,2 Mrd. €** (von insgesamt 27 Mrd. €) als Beitrag vom Öffentlichen Dienst im Zeitraum von 2012 bis 2016 zur Stabilisierung der Staatsfinanzen.

Das Forderungspaket der Bundesregierung beinhaltet:

- mehrere Nulllohnrunden,
- das **Aussetzen von Biennalsprüngen**,
- eine **Sondersteuer für öffentlich Bedienstete**,
- einen **generellen Aufnahmestopp** für den gesamten Öffentlichen Dienst sowie
- **berufsspezifische Belastungen**.

Diese geplanten Einschnitte konnten abgewehrt bzw. wesentlich abgemildert werden.

Verhandlungen:

- **Verhandlungen** zw. BM Heinisch-Hosek, BM Hundstorfer und BM Fekter und dem Verhandlungsausschuss der GÖD **wurden nach einer Woche bei einem Stand von 2,7 Mrd. € unterbrochen.**
- Direkte Verhandlungen zwischen Vors. Fritz Neugebauer und der Regierungsspitze brachten eine **Reduktion des einzusparenden Betrages von 2,7 auf 1,8 Mrd. €.**
- Das Volumen wird durch das **Aussetzen von einer Lohnrunde (2013)** sowie einem **Aufnahmestopp** mit Ausnahme von Exekutive, Lehrerinnen und

Lehrer sowie Justiz erreicht. Für 2014 wird es in einem engen budgetären Rahmen Gehaltsverhandlungen geben.

- **Einzelmaßnahmen**, die direkt auf einzelne Berufsgruppen wirken, **konnten entschärft werden** („41. Stunde“ im Bereich BMLV bleibt, allfällige Änderungen beim Dienstplanmanagement der Exekutive kommen nur im Einvernehmen mit der Personalvertretung).

Situation in Europa:

- Trotz dieser Maßnahmen ist der Öffentliche Dienst in Österreich bei den Gehaltsbewegungen im Spitzenfeld Europas zu finden. In vielen Ländern der Europäischen Union griffen Gehaltskürzungen und andere einschneidende Maßnahmen.
- Beispielsweise gab es in Deutschland in den Jahren 2002, 2005, 2006 und 2007 Nulllohnrunden für den Öffentlichen Dienst (lediglich zum Teil Einmalzahlungen). Das Urlaubsgeld wurde abgeschafft und das Weihnachtsgeld wurde von 2006 bis einschl. 2011 reduziert.
In mehreren Ländern der EU wurden die Gehälter um bis zu 25% gekürzt.

Von 2008 bis 2012 ist **die österreichische Staatsverschuldung** – durch notwendige Maßnahmen zur Krisenbekämpfung - um 45 Mrd. € (das sind 15 Prozent der Wirtschaftsleistung) **stark angestiegen**. Damit steckt unser Arbeitgeber in enormen finanziellen Schwierigkeiten. Um wieder eine positive Perspektive zu erhalten, **hat der Öffentliche Dienst Verantwortung gezeigt** und trägt 1,8 Mrd. € des 27 Mrd. € schweren Stabilitätspaketes mit.

Jetzt müssen Maßnahmen gesetzt werden, um den Finanzsektor effektiv zu regeln und so zu verhindern, dass in wenigen Jahren wieder eine derartige Krise hereinbricht. Die von uns eingeforderte und nun von 11 Ländern der EU vereinbarte Finanztransaktionssteuer ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung.